

13. Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
Beschlussvorlage: 013/2026
14. Anpassung der Richtlinie über die Gewährung einer Studienbeihilfe für Medizinstudenten im LOS
Beschlussvorlage: 015/2026
15. Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 016/2026
16. Namensänderung MORUS-Oberschule
Beschlussvorlage: 018/2026
17. Neufassung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung
Beschlussvorlage: 027/2026
18. Beschluss der „Fortschreibung des TESLA-Radwegekonzeptes 12/2025“ des Landkreises Oder-Spree als Arbeitsgrundlage
Antrag: 019/2026
19. Vertrag über die Errichtung des öffentlichen Geh- und Radweges RW 4.2_Nord entlang der Bundesautobahn A10“ mit der Gemeinde Grünheide (Mark) und TESLA
Beschlussvorlage: 020/2026/1
20. Beendigung von freiwilligen Mitgliedschaften des Landkreises Oder-Spree (vgl. Haushaltsbegleitbeschluss- BV 060.1/2025)
Beschlussvorlage: 025/2026
21. Jahresbericht zum Vollzug des Haushaltes 2025
Informationsvorlage: 033/2026
22. Termin Haushaltsklausur 2026
Beschlussvorlage: 029/2026
23. Gewährung eines Liquiditätskredits an die Oder-Spree Krankenhaus GmbH
Beschlussvorlage: 024/2026
24. Informationen zu Beauftragten im LOS (vgl. Haushaltsbegleitbeschluss- BV 060.1/2025)
25. Sachstand Finanzierung Dalli - Einreicher: Fraktion BVB/Freie Wähler
26. Auswertung zum Prüfbericht "Rechtmäßigkeit des Ausschreibungsverfahrens zur Vergabe von Beratungsleistungen zur Erstellung eines Konzeptes zur Bildung eines Gesundheitsverbundes" - Einreicher: Fraktion BVB/Freie Wähler
27. Ausrichtung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zur Rettungsdienstgebührensatzung des Landkreises Teltow-Fläming
28. Informationen aus der Verwaltung und Fragen der Ausschussmitglieder

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2025, 11.02.2026 - nichtöffentlicher Teil
2. Bestellung zum Amtsleiter des Gesundheitsamtes (Amtsarzt) - Einstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als Amtsleitung oder in vergleichbare Funktionen gemäß § 20 Absatz 2 Nummer 4 Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 021/2026
3. Bestellung zur Amtsleiterin des Amtes für Recht, Ordnung und Straßenverkehr - Nicht nur vorübergehende Übertragung einer Tätigkeit als Amtsleitung oder in vergleichbare Funktionen gemäß § 20 Absatz 2 Nummer 5 Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 031/2026
4. neuer TOP im nichtöffentlichen Teil aus TOP 23 öffentlicher Teil
5. Informationen zu personellen und organisatorischen Veränderungen
6. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 6.1. Beförderung im Schülerspezialverkehr 2026 - 2028 - Lose 1 bis 20
Beschlussvorlage: 030/2026
- 6.2. Vergabebeschluss zum Neubau eines Radweges im Tesla-Umfeld RW 05.1 Bahnhof Fangschleuse neu – Gottesbrück
Beschlussvorlage: 032/2026
- 6.3. K6744 (015) Dahmsdorf - Reichenwalde, Los 1 Freie Strecke und Los 2 Radweg
- 6.4. Vergabe Los 1.41 Sanitärinstallation zum Neubau Spree-Grundschule incl. Sporthalle Fürstenwalde/Spree
Beschlussvorlage: 028/2026
- 6.5. Neubau Spree-Grundschule einschl. Schulsporthalle Fürstenwalde, Los 1.07 Fassadenbekleidung
Beschlussvorlage: 036/2026
- 6.6. Neubau Spree-Grundschule einschl. Schulsporthalle Fürstenwalde, Los 1.12 Estricharbeiten
Beschlussvorlage: 038/2026
- 6.7. Neubau Spree-Grundschule einschl. Schulsporthalle Fürstenwalde, Los 3.42 Tiefenbohrungen
Beschlussvorlage: 035/2026
- 6.8. CBG Erkner, Dachsanierung
- 6.9. Wachsutz Am Bahnhof 1E, Fürstenwalde

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet um 18:00 Uhr die 17. Sitzung des Kreisausschusses in Beeskow und begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste.

Er stellt fest, dass die heutige Tagesordnung 41 Punkte umfasse und dies im weiteren Verlauf noch zu thematisieren sei. Im Anschluss geht er zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit über. Er hält fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt sei, da es hierzu keine Einwände aus dem Gremium gäbe.

Zuletzt stellt er die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet die Beratung zur Tagesordnung. Er schlägt vor, angesichts der 41 Tagesordnungspunkte nur jene Punkte aufzurufen, zu denen Diskussionsbedarf besteht, da die meisten bereits in den Fachausschüssen behandelt worden seien.

Nachdem kein Widerspruch erfolgt, wird die Tagesordnung durchgegangen und festgelegt, welche Punkte beraten werden und welche nicht. Im Ergebnis werden zahlreiche Punkte ohne weitere Aussprache zur direkten Weiterleitung an den Kreistag vorgesehen.

Herr WERNICKE beantragt, den Tagesordnungspunkt 27 (Auswertung Prüfbericht) thematisch zusammen mit Tagesordnungspunkt 10 (Neubildung Rechnungsprüfungsausschuss) zu behandeln. Dieser Vorschlag wird unterstützt.

Herr STEINBRÜCK teilt mit, dass die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 35, 36, 37, 38 und 39 entfallen könnten, da die Vergaben entweder unter der Wertgrenze lägen oder sich die Auswertung verschiebe.

Herr SCHAPKE regt an, die Beratung zur Finanzierung des Krankenhauses (TOP 24) bei Bedarf im nichtöffentlichen Teil fortzusetzen und dafür vorsorglich einen eigenen Tagesordnungspunkt zu schaffen. Dieser Vorschlag wird unterstützt. Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2025, 11.02.2026 - öffentlicher Teil

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Anmerkungen zu den Niederschriften.

Herr SCHAPKE führt aus, dass er nachträglich zwei Anmerkungen habe. Erstens solle eine Formulierung von Herrn Steinbrück korrigiert werden, da es sich um den Landkreistag und nicht um das Land handeln müsse. Zweitens schlägt er vor, die Nennung eines „unbekannten Redners“ zu präzisieren, falls dies geklärt werden könne und gewünscht sei.

Herr DR. ZESCHMANN sichert zu, dass die Hinweise aufgenommen und entsprechend nachgearbeitet werden könnten.

Nach kurzer Unklarheit über die vorliegenden Dokumente wird entschieden, wird deshalb nur über die Niederschrift vom 11.02. abzustimmen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 4 Konzept zur Gründung einer Verkehrsmanagementgesellschaft
Vorlage: 5/AfD/2026**

Herr DR. ZESCHMANN übergibt für diesen Tagesordnungspunkt den Vorsitz an seinen Stellvertreter Schapke und begründet den Antrag seiner Fraktion. Er führt aus, der Prüfauftrag zur Gründung einer Verkehrsmanagementgesellschaft solle die Möglichkeiten für eine stärkere Steuerung des Nahverkehrs durch den Landkreis ausloten. Dies sei notwendig, da eine Rekommunalisierung nach seinem Kenntnisstand nicht möglich sei und die bisherige Zusammenarbeit mit der BOS oft problematisch verlaufe. Eine eigene Gesellschaft könne die Vergabe kleinteiligerer Lose ermöglichen und somit auch lokalen Unternehmen eine Chance geben.

Die Debatte über den Antrag verläuft kontrovers.

Mehrere Mitglieder halten den Antrag für „sinnlos“ und eine „Kapitalvernichtung“. Sie meinen, als Mitgesellschafter der BOS habe der Landkreis bereits ausreichende Einflussmöglichkeiten. Eine zusätzliche Gesellschaft sei überflüssig und würde nur die bestehenden Strukturen untergraben.

Andere Redner verteidigen den Antrag. Sie meinen, er sei aus einem Workshop zur Regionalentwicklung hervorgegangen und ziele auf eine modernere, interkommunale Mobilitätsgestaltung ab, an der die BOS kein Interesse habe. Die Idee sei nicht neu und werde von anderen Landkreisen bereits praktiziert.

Der Landrat (Herr STEFFEN) äußert, der Antrag sei in seiner jetzigen Form unrealistisch und praktisch nicht umsetzbar, insbesondere die vorgesehene Frist für eine Abstimmung mit Nachbarkommunen. Er bitte die Fraktion, den Antrag zurückzuziehen.

Nach einer langen und intensiven Diskussion, in der die Argumente für und gegen den Antrag ausgetauscht werden, kommt es zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 7 Enthaltung 3

**Zu TOP 5 Erhalt der Lehrkräfte und Standorte unserer Musikschule - Nutzung der
neuen Übergangsfrist vor Umsetzung des Kahlschlags durch den
Landrat
Vorlage: 7/AfD/2026/NEU**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt, einen Antrag der AfD. Die antragstellende Fraktion verzichtet auf eine mündliche Begründung.

Herr STEFFEN (Landrat) weist den Antrag und den darin verwendeten Begriff des „Kahlschlags“ zurück. Er führt an, die Musikschule sei so gut ausgestattet wie nie zuvor, und die Verwaltung habe in den Fachausschüssen bereits umfassend über die Anpassungen berichtet.

Herr PAPENDIECK erklärt, der Antrag sei mittlerweile obsolet. Er sei zwar gut gewesen, um eine öffentliche Diskussion anzustoßen, aber inzwischen hätten die Kreisverwaltung und der Landrat in Verhandlungen tragfähige Lösungen erarbeitet, wodurch sich das Thema erledigt habe.

Herr Dr. Wand erklärt für die einbringende Fraktion, dass sie den Antrag ausreicht erhält und in den Kreistag einbringen wird.

Anschließend wird über den Antrag abgestimmt.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 7 Enthaltung 3

**Zu TOP 6 Keine Veränderung der Musikschulausrichtung, Beibehaltung der Honorarkräfte unter Ausnutzung der verlängerten Übergangsfrist bis 31.12.2027
Vorlage: 11/BVB/Freie Wähler/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt, einen Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler.

Herr WERNICKE begründet den Antrag. Man wolle wissen, wie die Verwaltung auf die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen bezüglich der Beschäftigung von Honorarkräften reagiere. Die Fraktion halte den Antrag aufrecht, um sicherzustellen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten zur Beibehaltung der Honorarkräfte voll ausgeschöpft werden.

Für die Verwaltung erwidert Frau KAISER, man nutze bereits die bestehende Übergangsfrist, könne aber nur auf Basis gesicherter Rechtslagen und nicht auf Basis von Entwürfen handeln. Ziel sei, mit gefestigten Strukturen ins neue Schuljahr zu starten.

Herr STEFFEN (Landrat) ergänzt, die Verwaltung prüfe jeden Honorarvertrag streng, um Risiken wie Scheinselbstständigkeit zu vermeiden. Das Ziel sei es, die Musikschule nicht mehr überwiegend mit prekär beschäftigten Mitarbeitern zu führen.

Die antragstellende Fraktion hält trotz der Ausführungen am Antrag fest und fordert bis zum Kreistag einen Bericht über die ausgeschöpften Möglichkeiten.
Anschließend wird über den Antrag abgestimmt.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 5 Nein 4 Enthaltung 4

**Zu TOP 7 Neufassung der Gebührensatzung der Musikschule Oder-Spree „Jutta Schlegel“
Vorlage: 017/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt und die Diskussion zur Neufassung der Gebührensatzung der Musikschule.

Er äußert Kritik am Verwaltungsvorschlag. Insbesondere wird die geplante Erhöhung der Kostendeckungsquote bei der musikalischen Grundausbildung für Kinder und Jugendliche auf 72 Prozent als unangemessen hoch bewertet. Im Gegensatz dazu solle die Deckungsquote beim Einzelunterricht für Erwachsene nur geringfügig auf 28 Prozent steigen. Er regt an, die Deckungsquoten für Erwachsene deutlich zu erhöhen und die Belastung für die musikalische Grundausbildung der Kinder zu senken.

Für die Verwaltung erwidert Frau KAISER, der Vorschlag ziele darauf ab, die Steigerungsraten für alle Betroffenen moderat zu halten. Für die Fraktionen bestünde die Möglichkeit der

Änderung im Lichte der rechtlichen Rahmenbedingungen. Sie verweist auf die in Anlage 2 zur Beschlussvorlage dargestellten Spielräume.

Anschließend wird über den vorliegenden Entwurf abgestimmt.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 8 Nein 3 Enthaltung 2

**Zu TOP 8 Grundsatzbeschluss zur Sicherung des Schulsportes im Landkreis
Oder-Spree - Sicherstellung des Schulsports an weiterführenden
Schulen im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 10/BVB/Freie Wähler/2026/1**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt, einen Antrag der Fraktion BVB Freie Wähler.

Herr WERNICKE begründet den Antrag. Angesichts der anstehenden Transformation des Schulstandortes Beeskow sei es notwendig, vorausschauend den Bedarf für eine neue Sporthalle zu planen. Der modifizierte Antrag sehe vor, diesen Bedarf zunächst auf die Investitionsliste zu setzen, um eine fundierte planungstechnische Betrachtung zu ermöglichen. Er wirbt zudem für die Prüfung einer innovativen mobilen Sporthalle.

Herr PAPENDIECK unterstützt den Antrag grundsätzlich, kritisiert aber den im Antrag hergestellten Bezug zur umstrittenen Sporthalle in Erkner. Er meint, die Stadt Erkner habe sich in diesem Zusammenhang nicht kooperativ verhalten.

Herr WERNICKE erwidert, die Kritik in Erkner sei auch aus der Fraktion von Herrn Papendieck gekommen und bittet darum, diesen Nebenschauplatz nicht weiter zu thematisieren und zur Abstimmung zu kommen.

Der Vorsitzende beendet die kurze Debatte und leitet zur Abstimmung über.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Neubildung Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: 8/FDP/BJA/BVFO/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt, einen Antrag zur Neubildung eines Rechnungsprüfungsausschusses.

Die Antragsteller begründen die Notwendigkeit einer besseren Kontrolle öffentlicher Gelder mit den Mängeln, die in einem Prüfbericht zur Vergabe von Beratungsleistungen für den Gesundheitsverbund aufgedeckt wurden. Es wird die Frage aufgeworfen, welche Konsequenzen die Verwaltung aus diesen Fehlern gezogen habe.

Die Verwaltung und der Landrat führen aus, dass die festgestellten Fehler intern aufgearbeitet und korrigiert worden seien. Man habe sichergestellt, dass sich solche Vorkommnisse nicht wiederholen.

In der anschließenden, langen Debatte wird das Für und Wider eines neuen, separaten Ausschusses diskutiert. Gegner eines neuen Ausschusses meinen, dies binde unnötig Ressourcen. Sie schlagen stattdessen vor, die Aufgaben in den bestehenden Finanz- und Haushaltsausschuss zu integrieren.

Auch der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes hält diese Variante für praktikabel. Befürworter eines eigenen Ausschusses halten die Aufgabe für zu umfangreich, um sie „nebenbei“ in einem anderen Ausschuss zu erledigen.

Nachdem die verschiedenen Argumente ausgetauscht wurden, erklärt die antragstellende Fraktion, sie werde die Anregungen aufnehmen.

ohne Abstimmung

**Zu TOP 10 Förderung der Weiterbildung von Assistenzärzten bzw. Ärzten in Weiterbildung in Weiterbildung im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 9/AfD/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt, einen Antrag der Fraktion AfD.

Herr DR. WAND erklärt für die antragstellende Fraktion, man wünsche heute keine Abstimmung über den Antrag, wolle ihn aber für die Kreistagssitzung aufrechterhalten.

Herr STEFFEN (Landrat) weist auf die erheblichen finanziellen Auswirkungen des Antrags hin, die sich auf rund 278.400 Euro belaufen würden und im Antrag nicht ausgewiesen seien. In der folgenden Diskussion wird von mehreren Seiten darauf hingewiesen, dass es bereits diverse erfolgreiche Förderprogramme zur Gewinnung von Ärzten gäbe.

Es wird die Frage aufgeworfen, ob ein zusätzliches Programm überhaupt notwendig und ob der vorliegende Antrag nicht durch bereits gefasste Beschlüsse zur Aufstockung bestehender Programme obsolet sei.

Die antragstellende Fraktion räumt ein, dass ihr die bestehenden Programme bekannt seien und dies einer der Gründe für den Verzicht auf eine Abstimmung sei.

ohne Abstimmung

**Zu TOP 11 Bedarfs- und Umsetzungsliste 2026 - 2029
Vorlage: 022/2026**

TOP 11 wird nicht beraten. Die entsprechende Beschlussvorlage wird direkt in den Kreistag eingebracht.

**Zu TOP 12 Bestellung einer Prüferin des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 012/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr STEFFEN (Landrat) schlägt dem Ausschuss die Bestellung von Frau Kerstin Deligas zur Prüferin des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes vor. Er führt aus, Frau Deligas sei seit Anfang 2025 im Bereich der betriebswirtschaftlichen Prüfung tätig und für die Aufgabe als geeignet befunden worden. Anschließend wird Frau Deligas dem Gremium kurz persönlich vorgestellt.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, wird zur Abstimmung übergegangen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 13 Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und
Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 013/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt dem Landrat das Wort.

Herr STEFFEN (Landrat) schlägt dem Ausschuss die Bestellung von Herrn Mario Flanse zum Prüfer des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes vor.

Er führt aus, Herr Flanse sei seit Mai 2025 im Bereich der betriebswirtschaftlichen Prüfung tätig und für die Aufgabe als geeignet befunden worden. Anschließend wird Herr Flanse dem Gremium kurz persönlich vorgestellt.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, wird zur Abstimmung übergegangen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 14 Anpassung der Richtlinie über die Gewährung einer Studienbeihilfe für
Medizinstudenten im LOS
Vorlage: 015/2026**

TOP 14 wird nicht beraten. Die entsprechende Beschlussvorlage wird direkt in den Kreistag eingebracht.

**Zu TOP 15 Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Frauen- und
Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 016/2026**

TOP 15 wird nicht beraten. Die entsprechende Beschlussvorlage wird direkt in den Kreistag eingebracht.

**Zu TOP 16 Namensänderung MORUS-Oberschule
Vorlage: 018/2026**

TOP 16 wird nicht beraten. Die entsprechende Beschlussvorlage wird direkt in den Kreistag eingebracht.

**Zu TOP 17 Neufassung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die
Schülerbeförderung
Vorlage: 027/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt nach einem entsprechenden Beschluss des Ausschusses zunächst der Verwaltung das Wort.

Für die Verwaltung erläutert Herr STEINBRÜCK, die Satzung sei im Zuge der Haushaltskonsolidierung überarbeitet worden. Er stellt eine neue, kurzfristig erarbeitete Bestandsschutzregelung für Schüler vor, die bereits den Schülerspezialverkehr nutzen. Dies solle die Akzeptanz der Neuregelung erhöhen, auch wenn Einsparungen dadurch nur schrittweise erfolgen würden. Zudem berichtet er, dass der VBB kein Angebot für ein landkreisweites Schülerticket abgegeben habe.

Anschließend ergreift eine Elternvertreterin (Ulrike Hoffmann) – nach der vom Vorsitzenden vorgenommenen Abstimmung zur Worterteilung - das Wort. Sie spricht für Schüler des Gauß-Gymnasiums Frankfurt-Oder und kritisiert die geplante Veränderung des Schülerspezialverkehrs. Es gehe um Bildungschancen für begabte Kinder. Sie meint, es fehle an transparenter Kommunikation, und kritisiert, dass ein bereits als gescheitert bewertetes Zubringermodell nun verschärft wieder eingeführt werden solle.

In der folgenden, ausführlichen Debatte werden verschiedene Aspekte diskutiert:

- Die Finanzierung von Sondertickets wie dem Azubi-Ticket, die vom Land subventioniert werden.
- Das Dilemma, dass der Landkreis die hohen Transportkosten für eine vom Land eingerichtete Spezialschule tragen muss.
- Die Bereitschaft der Eltern, einen höheren Eigenanteil zu zahlen.
- Ein Vorschlag für ein Wahlmodell, bei dem Eltern die Mehrkosten für den Schülerspezialverkehr freiwillig selbst tragen könnten.
- Die Prüfung von Fördermöglichkeiten über das Bildungs- und Teilhabepaket.

Am Ende der Debatte wird über die Satzung inklusive der von der Verwaltung vorgeschlagenen Bestandsschutzregelung abgestimmt.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 3

Zu TOP 18 **Beschluss der „Fortschreibung des TESLA-Radwegekonzeptes 12/2025“ des Landkreises Oder-Spree als Arbeitsgrundlage**
Vorlage: 019/2026

TOP 18 wird nicht beraten. Die entsprechende Beschlussvorlage wird direkt in den Kreistag eingebracht.

Zu TOP 19 **Vertrag über die Errichtung des öffentlichen Geh- und Radweges RW 4.2_Nord entlang der Bundesautobahn A10“ mit der Gemeinde Grünheide (Mark) und TESLA**
Vorlage: 020/2026/1

TOP 19 wird nicht beraten. Die entsprechende Beschlussvorlage wird direkt in den Kreistag eingebracht.

Zu TOP 20 **Beendigung von freiwilligen Mitgliedschaften des Landkreises Oder-Spree (vgl. Haushaltsbegleitbeschluss- BV 060.1/2025)**
Vorlage: 025/2026

TOP 20 wird nicht beraten. Die entsprechende Beschlussvorlage wird direkt in den Kreistag eingebracht.

Zu TOP 21 **Jahresbericht zum Vollzug des Haushaltes 2025**
Vorlage: 033/2026

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt und konfrontiert die Verwaltung mit der sich abzeichnenden, dramatischen Haushaltslage.

Er verweist auf ein von der Kämmerin prognostiziertes Defizit von über 70 Millionen Euro ab 2027 und bereits 35 Millionen Euro bis Ende des laufenden Jahres durch das Urteil zu den Zahlungen der Krankenkassen an den Rettungsdienst. Er fragt nach einer Strategie der Verwaltung, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll.

Frau BRÜCKNER (Kämmerin) antwortet. Sie erläutert, man sei dabei, die genehmigten Haushaltsreste zu überprüfen und zu prüfen, welche Maßnahmen über das Sondervermögen abgerechnet werden könnten. Sie behalte sich vor, Investitionssperren zu verhängen, falls die Liquidität dies erfordere. Zukünftig könnten nur noch unabweisbare Investitionen getätigt werden.

Auf Nachfrage erklärt Frau BRÜCKNER, eine Erhöhung des Kassenkredits sei derzeit nicht erforderlich. Der Kredit sei im Vorjahr nur an wenigen Tagen und nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft worden. Die Notwendigkeit einer Erhöhung werde für den Haushalt 2027 geprüft. Da es sich um eine Informationsvorlage handelt, erfolgt keine Abstimmung.

**Zu TOP 22 Termin Haushaltsklausur 2026
Vorlage: 029/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt zur Festlegung des Termins für die Haushaltsklausur.

Herr STEFFEN (Landrat) schlägt den 17. Oktober vor. Er weist darauf hin, dass dieser Termin in den Herbstferien liege, weshalb alternativ der 10. Oktober diskutiert worden sei. Er bittet den Ausschuss um eine Entscheidung.

Eine Debatte über den vorgeschlagenen Termin entbrennt.

Herr DR. ZESCHMANN kritisiert, die Vorbereitungszeit zwischen der Einbringung des Haushaltsentwurfs und der Klausur sei viel zu kurz, um als ehrenamtlicher Abgeordneter den Entwurf mit erwartbar erneuten rund 900 Seiten lesen und Anträge vorzubereiten zu können. Er schlägt stattdessen einen Termin nach den Herbstferien im November vor.

Andere Mitglieder erwidern, die Unterlagen lägen durch die Ladungsfristen deutlich früher vor. Die Zeit sei zwar knapp, aber ausreichend.

Der Landrat erläutert, die Klausur diene primär der intensiven Diskussion des Haushaltsentwurfs und nicht der abschließenden Beratung von Änderungsanträgen, welche in den Fachausschüssen folge. Er betont die Notwendigkeit eines zügigen Verfahrens, um den Haushalt noch im laufenden Jahr zu beschließen.

Nachdem die unterschiedlichen Positionen ausgetauscht wurden, wird über den ursprünglichen Vorschlag abgestimmt.

mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 23 Gewährung eines Liquiditätskredits an die Oder-Spree Krankenhaus
GmbH
Vorlage: 024/2026**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt zur Gewährung eines Liquiditätskredits für das Oder-Spree Krankenhaus.

Herr STEINBRÜCK für die Verwaltung begründet die Notwendigkeit des Kredits in Höhe von drei Millionen Euro. Er führt an, die finanzielle Lage des Krankenhauses habe sich aufgrund eines neuen Katalogs für Kostenerstattungen, der ab 2026 gelte, unvorhersehbar und drastisch zugespitzt.

In der folgenden Debatte werden unterschiedliche Positionen deutlich. Einige Mitglieder fordern eine langfristige „Worst-Case“-Prognose vom Geschäftsführer und kritisieren, dass der gestiegene Finanzbedarf so überraschend gekommen sei. Sie sehen Versäumnisse im Management.

Andere Mitglieder, darunter der Landrat (Herr STEFFEN) und der Geschäftsführer selbst, verteidigen das Vorgehen. Sie meinen, eine langfristige Strategie sei derzeit unmöglich, da die entscheidenden Rahmenbedingungen durch die ausstehende Umsetzung der Gesundheitsreform des Bundes und die Landeskrankenhausplanung noch völlig unklar seien. Der Geschäftsführer, Herr ROCHOW, erklärt, die kurzfristige Erstellung einer geforderten Vier-Jahres-Planung sei unter den gegebenen Umständen unseriös. Er betont, dass die schwierige Lage nicht mit üblichen Marktmechanismen vergleichbar sei.

Mehrere Redner appellieren, angesichts der unsicheren Lage fair zu bleiben und keine Schuldzuweisungen vorzunehmen. Der Beschluss sei alternativlos, um das Krankenhaus handlungsfähig zu halten und Zeit zu gewinnen.

Nach Klärung einer Frage zur Gegenfinanzierung des Kredits wird zur Abstimmung übergegangen.

einstimmig zugestimmt
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 5

Zu TOP 24 Informationen zu Beauftragten im LOS (vgl. Haushaltsbegleitbeschluss- BV 060.1/2025)

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt, eine Informationsvorlage zu den Beauftragten des Landkreises.

Für die Verwaltung erläutert Herr GEHM, die Vorlage sei in Erfüllung eines Auftrags aus dem Haushaltsbegleitbeschluss erstellt worden. Sie diene der Information der Ausschussmitglieder und solle keine Beschlussfassung herbeiführen. Man habe versucht, die Informationen möglichst transparent und umfassend aufzubereiten.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Vorlage erst am selben Tag bereitgestellt wurde und daher noch nicht allen bekannt sei.

Da keine Fragen gestellt werden, wird der Tagesordnungspunkt ohne Abstimmung abgeschlossen.

Zu TOP 25 Sachstand Finanzierung Dalli - Einreicher: Fraktion BVB/Freie Wähler

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt, einen Antrag der Fraktion BVB Freiwähler.

Herr WERNICKE begründet den Antrag. Er kritisiert, dass es nach wie vor keine Klarheit über die Umsetzung der Finanzierungsvereinbarung für das Dalli-System im Bereich des Amtes Scharmützelsee gäbe.

Eine neue Begründung der Verwaltung, wonach die Zuständigkeit bei den Gemeinden und nicht beim Amt liege, sei erst nach einem Jahr vorgebracht worden und widersprüchlich. Er kündigt eine detaillierte Anfrage an den Landrat an.

Herr SCHROEDER (als ehrenamtlicher Bürgermeister von Bad Saarow) erwidert, es handele sich um eine rein haushaltsrechtliche Formalie, die auch dem Amt Scharmützelsee nicht bekannt gewesen sei. Der Prozess gehe voran, weshalb er die Sorge nicht verstehe. Da keine Beschlussfassung erforderlich ist, wird der Tagesordnungspunkt ohne weitere Debatte abgeschlossen.

Zu TOP 26 Auswertung zum Prüfbericht "Rechtmäßigkeit des Ausschreibungsverfahrens zur Vergabe von Beratungsleistungen zur Erstellung eines Konzeptes zur Bildung eines Gesundheitsverbundes" - Einreicher: Fraktion BVB/Freie Wähler

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits zuvor zusammen mit dem Punkt 9 behandelt.

Zu TOP 27 Ausrichtung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zur Rettungsdienstgebührensatzung des Landkreises Teltow-Fläming

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet den Landrat um eine aktuelle Information.

Herr STEFFEN (Landrat) gibt einen umfassenden Sachstandsbericht. Er führt aus, die schriftliche Urteilsbegründung zum Fall des Landkreises Teltow-Fläming liege nun vor. Das Urteil sei noch nicht rechtskräftig, weshalb derzeit keine unmittelbaren Forderungen der Krankenkassen drohten. Die Strategie des Landkreises sei zweigeteilt: Zum einen erwarte man eine rechtssichere gesetzliche Neuregelung durch die Landesregierung. Zum anderen werde parallel die exakte finanzielle Differenz für die Vergangenheit ermittelt. Er beziffert das „Worst-Case“-Szenario für den Landkreis auf 30,7 Millionen Euro. Nach Auslaufen einer Vereinbarung mit den Kassen Ende Juni müsse man juristisch prüfen, ob man verpflichtet sei, Gebührenbescheide an Bürger zu verschicken.

In der anschließenden Diskussion wird die komplexe und unbefriedigende Situation thematisiert. Es wird angemerkt, dass die Kostenstrukturen zwischen den Landkreisen sehr unterschiedlich seien und die pauschale Vorgehensweise der Krankenkassen rechtlich problematisch sei.

Der Landrat erwidert, die Kosten des Landkreises seien transparent. Er kritisiert die inkonsistente Vorgehensweise der Krankenkassen, die er nicht nachvollziehen könne. Er betont, wenn eine Refinanzierung über die Gebühren nicht möglich sei, müsse man das Geld vom Land Brandenburg einfordern, notfalls gerichtlich. Dazu fragt Herr DR. ZESCHMANN nach, warum er das nicht tut.

Die Diskussion wird mit der Feststellung beendet, dass man nun die weiteren Entwicklungen abwarten müsse.

**Zu TOP 28 Informationen aus der Verwaltung und Fragen der
Ausschussmitglieder**

Herr DR. ZESCHMANN eröffnet den letzten Tagesordnungspunkt des öffentlichen Teils, eine Informationsvorlage zur Finanzierung der Fraktionsarbeit, und erteilt Herrn Gehm das Wort.

Herr GEHM führt aus, die Vorlage sei in Erfüllung des Haushaltsbegleitbeschlusses entstanden. Sie solle transparent die Inanspruchnahme der Fraktionsmittel darstellen. Es ließen sich keine klaren Nutzungstrends ableiten, weshalb eine Anpassung eine politische Entscheidung des Kreistages sei. Die Vorlage diene als Entscheidungsgrundlage.

Herr WERNICKE merkt an, das Thema sei bereits Gegenstand von Diskussionen gewesen. Er meine, man solle es zur nächsten Abrechnung erneut evaluieren. Seine Fraktion wäre einer Absenkung der Mittel gegenüber aufgeschlossen.

Da es sich um eine Informationsvorlage handelt, erfolgt keine Abstimmung.

Der Vorsitzende schließt sodann den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Philip Zeschmann
Vorsitzender des Kreisausschusses

Birgit Richter
Schriftführerin